

# „Die Hoffnung auf Obama ist berechtigt“

Der Heidelberger Amerika-Historiker Manfred Berg über Gründe für den Sieg des Präsidenten und kommende Herausforderungen

Von Christian Altmeier

**> Herr Prof. Berg, hätten Sie mit einem derart klaren Sieg Obamas gerechnet?**  
Nein, ich war auch überrascht. Ich hätte nicht damit gerechnet, dass das Ergebnis so schnell klar sein würde. Man darf sich den Voraussagen der Demoskopon da offenbar nicht so unkritisch aussetzen.

**> Was hat Obama zum Sieg verholfen?**  
Ich glaube, dass die Prognosen die Enttäuschung unter Obamas Wählern stark überschätzt haben. Ihm ist eine ähnliche Mobilisierung wie im Jahr 2008 gelungen. Die Einschätzungen, dass die schwarzen, hispanischen und jungen Wähler sich von Obama abwenden könnten, waren nicht zutreffend. Auch der schwache Auftritt im ersten TV-Duell hat ihm offenbar viel weniger geschadet, als das vielfach behauptet wurde. Die demokratische Wahlkoalition hat gehalten. Diese besteht sowohl aus Minderheiten als auch aus gut ausgebildeten, liberalen Weißen, die inzwischen eine strukturelle Mehrheit in den USA haben.



Anders als erwartet, wandten sich Obamas junge Anhänger nicht von ihm ab. Foto: AFP

**> Warum konnten die Republikaner da nicht eindringen?**

Die Republikaner befinden sich in einer demografischen Falle. Die Partei hat praktisch nur noch weiße Wähler und ihr laufen zunehmend die Frauen und die jüngeren Wähler davon. Sie sind die Partei der weißen, konservativen Südstaater und Bewohner des Mittleren Westens. New Mexico und Colorado sind allerdings aufgrund des wachsenden Anteils der Latinos inzwischen demokratische Staaten geworden. Die Republikaner müssen in ihrer Einwanderungspolitik und der ganzen Haltung gegenüber den Latinos offener werden.

**> Sind die Republikaner zu weit nach rechts gerückt?**

Ja, das ist eines der Probleme der Partei. Sie rückt bereits seit Jahrzehnten immer weiter nach rechts. Hinzu kommt, dass es Leute gab, die sich im Wahlkampf durch extreme Äußerungen hervorgetan haben. Was einige Senatskandidaten zu Schwangerschaften nach einer Vergewaltigung gesagt haben, ist abschreckend. Die Republikaner müssten aufhören, die Frauen derart zu vergraulen.

**> Werden die Republikaner ihre Blockadehaltung nun aufgeben?**  
Sie hätten allen Grund, nun auf den Prä-

sidenten zuzugehen. Ich bin aber skeptisch, denn im Repräsentantenhaus sitzen weiter viele der doktrinen Republikaner, die aus der Wahlniederlage den falschen Schluss ziehen könnten: nämlich, dass sie nicht konservativ genug gewesen sind.

**> Wird Obama nun anders auftreten?**

Das Problem ist, dass er in vielen Fragen des Tagesgeschäfts mehr reagieren muss, als er programmatisch agieren kann. Er hat zunächst einmal das riesige Problem des Budgetdefizits zu bewältigen. Es stehen die Haushaltsverhandlungen an, bei denen er sich mit den Republikanern einigen muss. Wenn die aber weiterhin jegliche Kompromisse ablehnen, würden automatisch Steuererhöhungen und Kürzungen in Kraft treten, auf die Obama dann gar keinen Einfluss mehr hätte.

hnen die Haushaltsverhandlungen an, bei denen er sich mit den Republikanern einigen muss. Wenn die aber weiterhin jegliche Kompromisse ablehnen, würden automatisch Steuererhöhungen und Kürzungen in Kraft treten, auf die Obama dann gar keinen Einfluss mehr hätte.

**> Vom Haushalt abgesehen: Welche Herausforderungen muss Obama nun bewältigen?**

Er muss versuchen, konjunkturelle Impulse zu setzen. Er hat sich den zarten Aufschwung der vergangenen Monate anrechnen können und einen Großteil der Wähler davon überzeugt, dass er auf dem richtigen Weg ist. Es ist eine beachtliche Leistung des Wahlkämpfers Obama, dass er trotz der schlechten Wirtschaftslage wiedergewählt worden ist. Aber jetzt muss er versuchen, den Weg weiterzugehen. Man wird seine zweite Amtszeit daran messen, ob er die USA aus der wirtschaftlichen Krise herausführen kann.

**> Ist das Ergebnis für Deutschland eine gute Wahl?**

Es ist ja kein Geheimnis, dass die große Mehrheit der Deutschen und auch der übrigen Europäer auf eine Wiederwahl Obamas gehofft hat. Ich denke, diese Hoffnung war in der Sache auch berechtigt. Obama vertritt natürlich in erster Linie amerikanische Interessen. Aber ich denke sein Weltbild ist insgesamt sehr viel pluralistischer und multilateraler als das von Romney.

**> Manfred Berg (Foto: Kresin) ist Curt-Engelhorn-Stiftungsprofessor für Amerikanische Geschichte am Historischen Seminar der Uni Heidelberg und Mitarbeiter des Heidelberg Center for American Studies.**

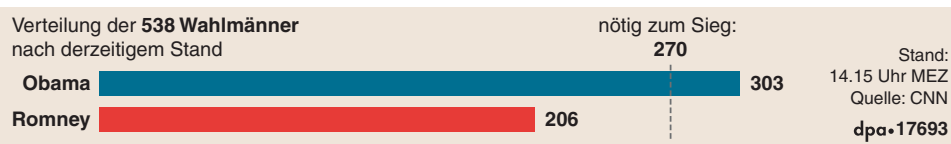
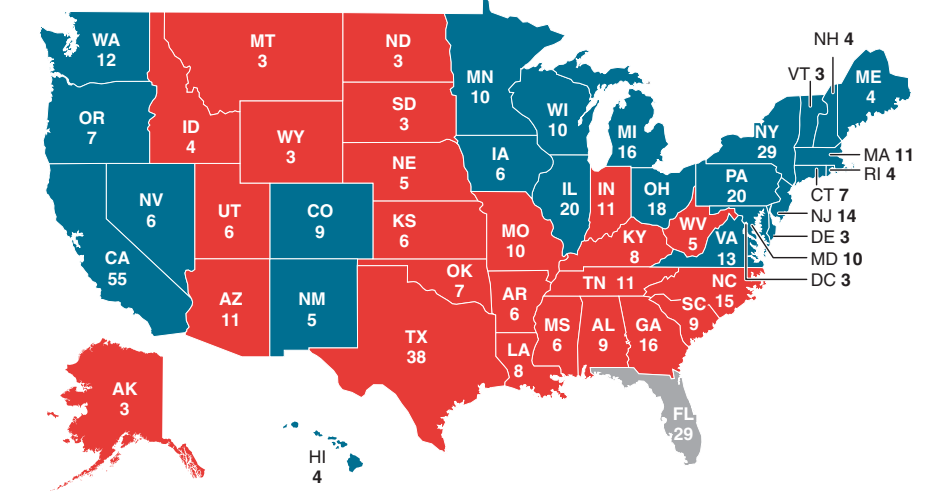


## Obama ist wiedergewählt

So haben die Bundesstaaten gewählt:

■ für Barack Obama ■ für Mitt Romney ■ noch nicht ausgezählt

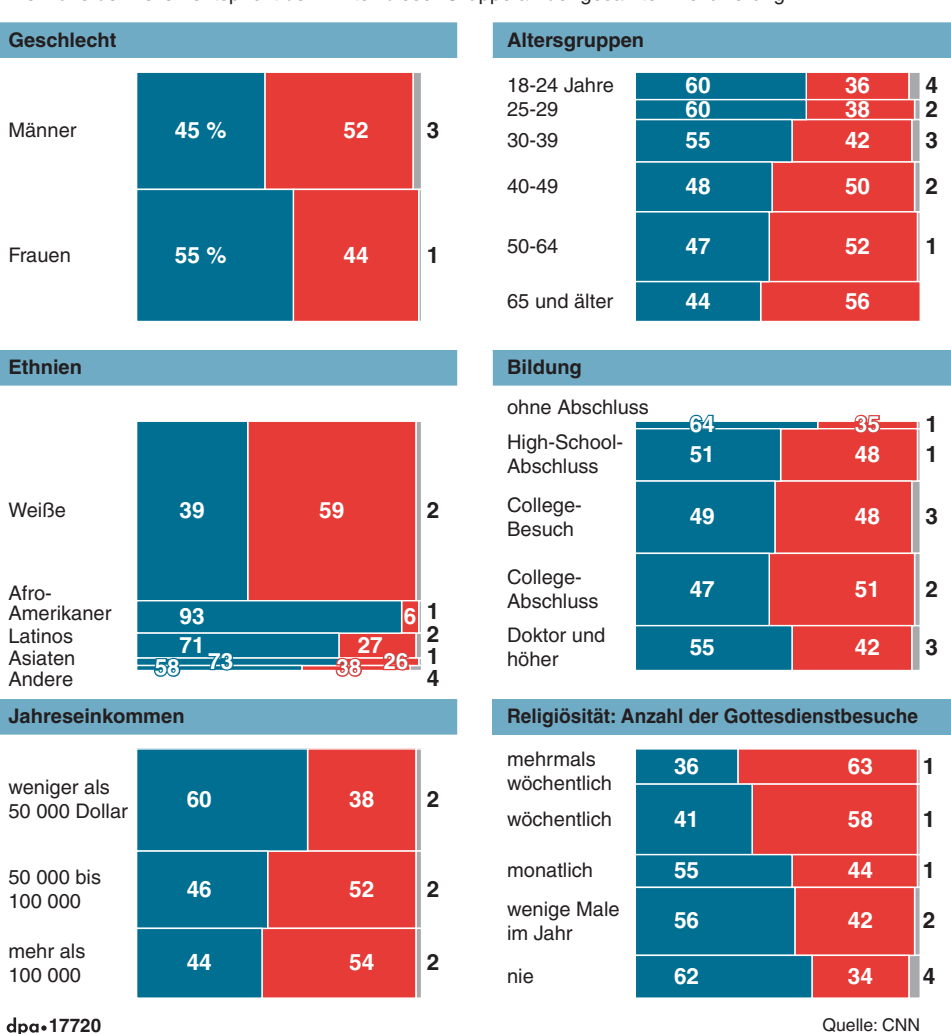
X Wahlmänner je Bundesstaat



## Obama-Wähler und Romney-Wähler

Wahltagsbefragung: ■ für Barack Obama ■ für Mitt Romney ■ Rest

Die Höhe der Zeilen entspricht dem Anteil dieser Gruppe an der gesamten Bevölkerung.



## Ja zu Homo-Ehe und Todesstrafe

Volksabstimmungen im Schatten der Präsidentschaftswahl

Washington. (AFP) Die US-Wähler haben nicht nur Präsident Obama eine zweite Amtszeit besichert. In fast 30 Bundesstaaten standen mehr als 170 Volksinitiativen auf dem Wahlzettel:

**> Reizthema Homo-Ehe:** Die staatliche Anerkennung von homosexuellen Paaren ist in den USA besonders umstritten. Bei Volksabstimmungen in den Bundesstaaten Maine, Washington und Maryland bestätigten die Wähler Teilergebnisse zu Folge die von den dortigen Parlamenten erlassenen Gesetze zur Homo-Ehe: In Maine stimmten 53 Prozent für deren Legalisierung, in den beiden anderen Bundesstaaten jeweils 52 Prozent.

**> Legalisierung von Marihuana:** In den Bundesstaaten Colorado (54 Prozent) und Washington (55) sprachen sich die Wähler laut Teilergebnissen für die Entkriminalisierung des Gelegenheitsgenusses von Marihuana aus. In Oregon stimmte eine Mehrheit dagegen (56 Prozent). Drei weitere Staaten – Arkansas, Montana und Massachusetts – hielten Referenden darüber ab, ob Marihuana für medizinische Zwecke erlaubt werden soll. Massachusetts stimmte dafür (57 Prozent), Arkansas dagegen (52) und Montana straffte den Umfang seiner Gesetzgebung zu dem Thema.

**> Abschaffung der Todesstrafe:** In Kalifornien stimmten mit knapp 54 Prozent der Wähler gegen den Vorschlag, die Todesstrafe abzuschaffen und durch lebenslange Haft zu ersetzen. Derzeit warten in dem Bundesstaat mehr als 700 zum Tode verurteilte Häftlinge auf ihre Hinrichtung. Bislang haben 17 US-Bundesstaaten die Todesstrafe abgeschafft.

**> Kulturkampf um Abtreibung:** In Florida sprachen sich 55 Prozent der Wähler gegen staatliche Hilfen für Krankenversicherungen aus, die Schwangerschaftsabbrüche abdecken.

**> Kondompflicht für Pornodarsteller:** Im Bezirk Los Angeles müssen Darsteller in Pornofilmen künftig bei den Dreharbeiten Kondome tragen. Die „Safer Sex“-Initiative wurde von den Wählern mit deutlicher Mehrheit angenommen. Gesundheitsverbände waren dafür, die Pornindustrie hatte sich gegen die Auflagen gewehrt. Die meisten amerikanischen Sexfilme werden im Großraum Los Angeles gedreht. Die Produzenten würden „Non-Condom“-Drehen vorziehen, weil das von den Kunden so gewünscht werde, heißt es in der Branche.

**> Kennzeichnung von Gentechnik:** Eine Mehrheit der Kalifornier (54 Prozent) sprach sich gegen eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel aus. Hersteller und Chemiekonzerne – Monsanto, Bayer, BASF, Coca Cola und Kellogg – hatten mit einer fast 40 Millionen Dollar teuren Werbekampagne Stimmung gegen den Vorschlag gemacht, nachdem Umfragen zu nächst eine breite Zustimmung für eine Kennzeichnungspflicht gezeigt hatten.

## Kongress bleibt gespalten

Abtreibungsgegner verlieren

Washington. (dpa) Auch nach der Wahl bleibt im Kapitol alles, wie es ist: Die Republikaner kontrollieren das Repräsentantenhaus, die Demokraten haben die Mehrheit im Senat.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, John Boehner, 62, konnte seinen Sitz behaupten. Der Republikaner hatte den Vorsitz nach der Kongresswahl 2010 von der Demokratin Nancy Pelosi übernommen. Im neuen 435-köpfigen Abgeordnetenhauses hatten die Demokraten nach Zahlen vom Mittwochmittag (Ortszeit) 192 Sitze, die Republikaner 232. Elf Mandate waren noch offen.

Mehrheitsführer im Senat bleibt der Demokrat Harry Reid. Seine Partei kam nach vorläufigem Stand auf 52 Sitze (plus eins), die Republikaner auf 45 (minus zwei). Zwei Unabhängige schafften den Einzug, ein Sitz war noch offen.

So eroberten die Demokraten einen geschichtsträchtigen Senatssitz für den Bundesstaat Massachusetts zurück, den der liberale Ted Kennedy bis zu seinem Tod im Jahr 2009 innehatte. Ihm war der Republikaner Scott Brown gefolgt. Die Harvard-Professorin Elizabeth Warren knöpfte ihm das Mandat nun wieder ab.

Aus dem Feld schlugen die US-Demokraten auch zwei radikale Abtreibungsgegner der Republikaner. Der Demokrat Joe Donnelly holte den Senatssitz in Indiana gegen Richard Mourdock, der mit Äußerungen über „gottgewollte“ Schwangerschaften nach Vergewaltigungen für Furore gesorgt hatte. Sein Gesinnungsgenosse Todd Akin unterlag in Missouri der demokratischen Amtsinhaberin Claire McCaskill.

## Romneys Lebenstraum ist geplatzt

Der Republikaner scheitert auch beim zweiten Anlauf auf die Präsidentschaft – Kandidat von gestern

Von Marco Mierke

Washington/Boston. Mitt Romney wirkt gefasst, doch leicht kommen ihm die Worte nicht über die Lippen: „Ich habe gerade Präsident Obama angerufen und ihm zu seinem Sieg gratuliert“, sagt er traurigen Anhängern in seiner Heimatstadt Boston. In einigen Orten an der Westküste sind die Wahllokale noch geöffnet, als Romneys Traum von der US-Präsidentschaft platzt. Der 65-Jährige wirkt staatsmännisch, als er seine Niederlage eingesteht.

Doch ein guter Verlierer war Romney nicht. Mehr als eine Stunde ließ er Obama warten, bis er das Ergebnis akzeptierte. Kein Wunder: Die Niederlage ist für Romney richtig bitter, schien der Sieg doch greifbar nah. Noch am Wahltag sah ihn manche Umfrage vorn, eine solch herbe Niederlage war kaum zu erwarten. Beflügelt von einer realen Siegeschance bereitete sein Team seit Wochen den Einzug ins Weiße Haus vor. Nun das böse Erwachen: Die Regierung eines Präsidenten Willard Mitt Romney wird es nicht geben.

Sieben Jahre arbeitete der Ex-Gouverneur nur auf ein Ziel hin: mächtigster Mann der Welt zu werden. 2008 scheiterte er schon in den Vorwahlen. Doch Romney lernte dazu und ließ beim zweiten Anlauf seinen überwiegend skurrilen und untalentierten Mitbewerbern aus der eigenen Partei keine Chance. Im entscheidenden Duell gegen den Amtsinhaber Obama mauserte er sich schließlich – für viele überraschend – vom müde

belächelten Langweiler zum gleichwertigen Herausforderer.

Am Ende boten ihm die schlechte US-Wirtschaftslage, recht schwache Beliebtheitswerte für den Amtsinhaber und außenpolitische Probleme der Regierung echte Siegchancen. Warum er dennoch bei den Wählern durchfiel, dürfte nun eine



Nach der Niederlage: Mitt Romney und seine Frau Ann, die ihm zufolge „eine wundervolle First Lady“ gewesen wäre. Foto: AFP

brutale Ursachenforschung bei den Republikanern klären. Gut möglich, dass die „Grand Old Party“ die Schuld allein beim Kandidaten sieht. Mit dem „moderaten Mitt“ sind viele Konservative ohnehin nie warm geworden.

Dabei war Romneys Problem nicht, dass er zu weit in der Mitte stand, sondern dass er ein Kandidat von gestern war. Bei seiner klassischen Klientel lag er deutlich vorn – Senioren, Kirchgängern, Waffenbesitzern oder Vorort-Bewohnern. Doch deren Einfluss schwindet. Weiße Wähler machen nur noch gut 70 Prozent aus – vor 20 Jahren waren es fast

90 Prozent. Obama sagte schon vor Wochen: Wenn Romney verliert, dann weil er sich von der „am schnellsten wachsenden demografischen Gruppe im Land entfremdet hat – den Latinos“.

Der frühere republikanische Präsidentschaftsbewerber Mike Huckabee warf seiner Partei am Wahlabend denn auch eine „erbärmliche“ Minderheitenpolitik vor. „Das ist eine Gruppe, die eigentlich bei uns Konservativen sein müsste. Aber die Republikaner haben gehandelt, als könnten sie diese Wählergruppe ohnehin nicht gewinnen, und haben es gar nicht versucht.“ Hinzu kam, dass die Republikaner mit ihrer konservativen Haltung in Fragen von Verhütung und Abtreibung Frauen verärgerten. Die strafften Romney so richtig ab: Obama lag bei den Frauen mit mehr als zehn Prozentpunkten Vorsprung vorn.

Doch es waren auch persönliche Fehler, die Romney in die Niederlage führten. Seinen Wahlkampf führte er mit einer Zwanghaftigkeit, den Wählern genau das erzählen zu wollen, was sie gerade hören wollen. „Als Kandidat war er ein Gestaltwandler, der seine Botschaften drehte und wendete und sich selbst immer wieder für den Moment passend neu ausrichtete“, kritisierte die „Detroit Free Press“. Zudem verschlimmerte Romney das Image des herzlosen Millionärs mit rhetorischen Ausfällen. Das heimlich aufgenommene Video, in dem er 47 Prozent der Wähler als Sozialschmarotzer abtat, könnte der Moment gewesen sein, in dem Romney die Wahl verloren hat.

## REAKTIONEN

### Kenia jubelt

In Kogelo, einem Dorf im Westen Kenias, erklärte Sarah Obama unter dem Jubel ihrer Nachbarn das Ergebnis zum „Geschenk Gottes“. Die 90-Jährige (dpa-Foto) ist die dritte Frau von Obamas Großvater väterlicherseits. Der US-Präsident bezeichnet sie als seine Großmutter.



### Netanjahu zögert

„Die strategische Allianz zwischen Israel und den USA ist stärker denn je“, erklärte der israelische Ministerpräsident Netanjahu in einem kühlen Kommuniqué. „Ich werde mit Präsident Obama weiter zusammenarbeiten, um die lebenswichtigen Interessen der Bürger Israels zu wahren.“ Stunden vergingen, bis er sich zu Glückwünschen durchrang – Minister und Abgeordnete seiner Partei wurden per SMS zum Schweigen aufgefordert.

### Obama gratuliert Obama

Besondere Glückwünsche bekam Barack Obama aus Japan – aus der 32 000-Einwohner-Stadt Obama („Kleiner Hafen“). Bürgermeister Koji Matsuzaki betonte, der US-Präsident sei auf seiner nächsten Asienreise herzlich in Obama willkommen.

### Amnesty mahnt

Amnesty International erinnert Barack Obama an seine Versprechen von 2008. Diese müssten nun endlich umgesetzt werden – allen voran die Schließung des Gefangenenlagers in Guantánamo, sagte die USA-Expertin Maja Liebing.